

14. Wahlperiode

Antrag

der Abg. Siegfried Lehmann u. a. GRÜNE

Fluglärmbelastung in Südbaden – Die Interessen der südbadischen Region in Berlin wirksam vertreten

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. ob es zutrifft, dass das Regierungspräsidium Freiburg den in der Sitzung vom 14. Juli 2010 den einstimmig gefassten Beschluss der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg "Fluglärm Zürich", den Herrn Ministerpräsidenten Mappus mit einem Brief um die offizielle Vorlage der südbadischen Position zum "Fluglärmstreit" beim Bundesverkehrsminister Ramsauer zu bitten, nicht ausgeführt hat, und wenn ja, wie sie diesen Vorgang beurteilt.
2. ob es zutrifft, dass Herr Ministerpräsident Mappus im März 2010 den LandrätInnen Dorothea Störr-Ritter, Tilman Bollacher, Guido Wolf MdL, Frank Hämmerle, Karl Heim und Walter Schneider schriftlich zugesichert hat, die in der „Erklärung der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich“ vom 25.11.09 aufgeführten Kernpunkte (max. 80.000 Anflüge, Beibehaltung der DVO) zu unterstützen, und wenn ja, in welcher Form diese Unterstützung bisher zum Ausdruck gekommen ist.
3. inwiefern der Ministerpräsident bzw. die Landesregierung ihre unter Punkt 2 genannte Position geändert hat bzw. zu ändern gedenkt und wie diese nun beschaffen ist.
4. welche Maßnahmen die Landesregierung bislang ergriffen hat, um der Bundesregierung bzw. dem federführenden Bundesverkehrsminister Ramsauer ihre Position zur Kenntnis zu bringen.

II. Stellung zu beziehen und sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,

dass die in der „Erklärung der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich“ vom 25.11.09 aufgeführten Kernpunkte zur Grundlage der deutschen Verhandlungsposition gemacht werden.

06.09.2010

Lehmann, Rastätter, Bauer, Sckerl, Splett, Schlachter, GRÜNE

Begründung:

Laut der Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastungen im Landkreis Konstanz e.V. im Aktionsbündnis der südbadischen Bürgerinitiativen hat sich das Regierungspräsidium Freiburg über den am 14. Juli 2010 gefassten Beschluss der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg "Fluglärm Zürich", den Ministerpräsidenten mit einem Brief um die offizielle Vorlage der südbadischen Position zum "Fluglärmstreit" beim Bundesverkehrsminister Ramsauer zu bitten, hinweggesetzt.

Es steht zu befürchten, dass die Landesregierung nicht mehr beabsichtigt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im südbadischen Raum mit aller Entschlossenheit auf Bundesebene zu vertreten. Bislang konnten die Antragsteller nicht feststellen, dass die Position der Betroffenen von der Landesregierung wirkungsvoll vertreten wird. In dem jetzt stattfindenden Entscheidungsprozess auf Bundesebene ist es dringend geboten, eine kraftvolle Initiative von Seiten der Landesregierung zu ergreifen, um die Bundesregierung dazu zu bewegen, beim Abschluss des Staatsvertrags die berechtigten Interessen der Bürger zu wahren.